



Bericht des Stadtrates an den Gemeinderat

106276 / 211.00

Auftrag BDP Fraktion und Mitunterzeichnende zur

Auslagerung von Aufgaben an die Privatwirtschaft

Antrag

Der Auftrag sei abzulehnen.

Begründung

1. Ausgangslage

Sowohl in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) 1.0 als auch in der ALÜ 2.0 wurde die Auslagerung von Aufgaben geprüft. Als Folge von ALÜ 1.0 wurde beispielsweise die Kostenstruktur der Schulzahnklinik durch eine spezialisierte Beratungsfirma untersucht, ebenso die Frage, ob die Schulzahnpflege an Private ausgelagert werden soll. Im Weiteren führte ALÜ 1.0 zu einer Reorganisation des Departements 3; mit Beschluss vom 24. Oktober 2013 nahm der Gemeinderat vom Schlussbericht Kenntnis und schrieb die einzelnen Massnahmen einstimmig als erledigt ab.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass eine Überweisung des vorliegenden Auftrags zu keinen neuen Erkenntnissen führen würde. Zum einen, weil im Rahmen der beiden Aufgaben- und Leistungsüberprüfungen praktisch jede Dienststelle näher untersucht wurde bzw. wird, zum anderen, weil es oftmals gewichtige Gründe gibt, weshalb eine Aufgabe trotz Möglichkeit nicht ausgelagert werden soll (z.B. Reinigung, Assistenzaufgaben bei der Stadtpolizei). Die Gründe dafür sind je nach Aufgabe verschieden, doch geht es in der Regel um Fragen der Qualität, der Führung oder dem Dienst an den Kundinnen und Kunden der Verwaltung.

Am 24. Oktober 2013 hat sich der Gemeinderat mit der zweiten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung befasst. Im Gegensatz zur ALÜ 1.0 hat sich der neue Stadtrat dieses Mal persönlich stark in der Erarbeitung der Massnahmen engagiert und dabei jede Dienststelle eingehend untersucht. Zu dieser Untersuchung gehörte auch der Ent-



scheid, ob eine Aufgabe/Leistung noch erbracht werden soll und falls ja, auf welche Weise dies geschehen soll. Der Stadtrat hat mit dem vorgelegten Massnahmenpaket das vom Gemeinderat gesteckte Sparziel von 10 Mio. Franken erreicht; weitergehende Massnahmen (Priorität 3) wären zwar grundsätzlich möglich, dürften jedoch auf erheblichen Widerstand stossen.

2. Bisher erfolgte Auslagerungen

2.1 Stadtbus Chur AG (SBC AG)

Mit Beschluss vom 1. September 1995 ermächtigte der Gemeinderat den Stadtrat, eine Aktiengesellschaft zur Führung des Stadtbusbetriebs zu gründen. Ebenso nahm der Gemeinderat Kenntnis vom Statutenentwurf. Am 14. August 2000 schloss der Stadtrat mit der SBC AG einen Leistungsvertrag über den öffentlichen Busverkehr in Chur ab. Bei der SBC AG handelt es sich nicht um einen ausgegliederten Verwaltungszweig, denn der Busbetrieb wurde bis zur Gründung der SBC AG durch einen privaten Unternehmer sichergestellt.

2.2 IBC Energie Wasser Chur (IBC)

Im Zuge der Energiemarkt-Liberalisierung wurden in der Schweiz zahlreiche städtische Werke verselbständigt. Für die IBC wurde die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt gewählt. Seit 1. Januar 2006 agieren die IBC im Rahmen des Gesetzes (RB 811) und der vom Gemeinderat erteilten Konzession selbständig.

2.3 Theater Chur

An der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 wurde die Teilrevision des Kulturförderungsgesetzes angenommen. Ein rechtlich verselbständigter Betrieb könne dynamischer agieren und durch die breit abgestützte Trägerschaft könnten mehr Sponsorengelder generiert werden, schrieb der Gemeinderat in seiner Botschaft an das Stimmvolk. Per 1. August 2010 wurde das Theater Chur in eine Stiftung überführt.

2.4 Pensionskasse Stadt Chur

Am 8. November 2007 überwies der Gemeinderat die Motion Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Verselbständigung der Pensionskasse. Der Vorstoss wurde mit übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen, der selbständigen Pensionskasse des Kantons sowie Vorteilen in rechtlicher, betrieblicher und haftungsrechtlicher Hinsicht begründet.



Am 8. April 2010 genehmigte der Gemeinderat das Gesetz einstimmig. Per 1. Januar 2011 wurde die städtische Pensionskasse in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt.

3. Potenzial für Auslagerungen

Der Stadtrat geht davon aus, dass im Bereich der hoheitlichen Tätigkeit Auslagerungen grundsätzlich ausgeschlossen sind. Die nachfolgende, summarische Betrachtung von Dienststellen mit Auslagerungsmöglichkeiten zeigt, dass das Potenzial, auf diesem Weg nachhaltige Einsparungen zu erzielen, gering ist.

3.1 Amt für Telematik

Am 25. März 1999 beschloss der Gemeinderat die Schaffung eines sogenannten FLAG-Amts für das Amt für Telematik (Botschaft Nr. 4/1999). Dieses Organisationsmodell wurde von einer Beratungsfirma vorgeschlagen, um die Ende der 1990er-Jahre in Schwierigkeiten geratene städtische Informatik wieder auf Kurs zu bringen. Mit der Führung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget war beabsichtigt, dem Amt für Telematik grössere Freiheiten zu gewähren, ohne es jedoch gänzlich in die wirtschaftliche Freiheit zu entlassen. Die Überführung des Amtes für Telematik in eine Aktiengesellschaft wurde verworfen, weil das Kundenpotenzial für das wirtschaftliche Überleben als zu gering eingeschätzt wurde. Als Folge der vom Gemeinderat genehmigten Informatik-Strategie von 2003 beendete die Stadt zudem die langjährige Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen (VRSG), einem externen IT-Dienstleister, und erbringt diese Leistungen seither selbst. Mit Botschaft Nr. 251.03 vom 13. Februar 2012 konnte der Stadtrat aufzeigen, dass das Amt für Telematik durch die Akquisition zahlreicher externer Kunden die Nettokosten der Informatik seit zehn Jahren konstant halten kann, obschon sich die Anzahl Endgeräte (PCs) in diesem Zeitraum verdoppelt hat. Die heutige Organisationsform hat sich mithin auch in wirtschaftlicher Hinsicht bewährt, weshalb der Stadtrat aktuell keinen Handlungsbedarf sieht, um die IT aus der Verwaltung auszulagern.

3.2 Finanzkontrolle

Im Rahmen von zwei Vakanzen in der Dienststellenleitung prüfte der Stadtrat jeweils Möglichkeiten einer externen Lösung im Bereich Finanzkontrolle, wie sie z.B. von der Stadt Zug praktiziert wird. Die Stadt Zug verfügt lediglich über eine Vollzeitstelle eines Controllers, der für das Interne Kontrollsystem (IKS), das Qualitätsmanagement (QM) sowie für die Prüfung von Leistungsvereinbarungen zuständig ist. Diese Person ist auch Sekretär der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Zug verfügt zudem über eine Geschäftsprüfungskom-



mission (GPK). Die eigentliche Buchprüfung ist einer externen Revisionsfirma übertragen; das Mandat wird alle vier Jahre neu ausgeschrieben. RPK oder GPK beauftragen diese Firma zudem mit Schwerpunktprüfungen. Die Kosten für das externe Mandat liegen unter 50'000 Franken jährlich.

Nach einer Aussprache mit der GPK wurde dieser Ansatz nicht weiter verfolgt und die Dienststellenleitung neu besetzt.

3.3 Finanz- und Liegenschaftenverwaltung

Im Rahmen der ALÜ 2.0 werden folgende Massnahmen näher geprüft:

- Optimierung der Raumbewirtschaftung (1340 O) sowie die Überprüfung der Reinigungsintervalle (1346 S). Bei letzterem Punkt ist nicht vorgesehen, das Erbringen der Reinigungsdienstleistungen durch Private zu prüfen.
- Im Bereich der Organisation der Sportanlagen existieren in der Schweiz verschiedene Modelle bis hin zu einer Verselbständigung. Der Stadtrat will diesen Schritt prüfen; er wird im Rahmen des GESAK an Bedeutung gewinnen (1350 O).

3.4 Stadtpolizei

Mit einem Postulat betreffend Ordnungsdienst im Welschdörfli wurde der Stadtrat am 21. Juni 2005 aufgefordert, den Einsatz von privaten Ordnungskräften zu prüfen. Der Vorstoss wurde am 8. September 2005 einstimmig abgelehnt.

3.5 Schulzahnklinik

Im Rahmen von Auftrag Nr. 5 aus der ALÜ 1.0 wurde die Schulzahnklinik einer umfassenden Überprüfung durch eine spezialisierte Beratungsfirma unterzogen. Da aufgezeigt werden konnte, dass eine Auslagerung nur geringe Einsparungen bringen würde, lehnte der Stadtrat diese mit Botschaft vom 14. August 2012 ab. Am 12. September 2012 nahm der Gemeinderat den Bericht zur Schulzahnklinik zur Kenntnis und schrieb Auftrag Nr. 5 als erledigt ab.

3.6 Reorganisation Departement 3 (ALÜ 1.0)

Im Rahmen von ALÜ 1.0 erteilte der Gemeinderat dem Stadtrat den Auftrag, Organisation und Prozesse im Departement 3 zu überprüfen, wobei besonderes Augenmerk einer möglichen Zusammenlegung der Handwerksbetriebe bzw. der Auslagerung von Teilen davon



gelten sollte. Dieser Auftrag führt im Zuge der Reorganisation zu einem Abbau von 450 Stellenprozenten.

3.7 Abteilung Werkbetrieb

Im Bereich des Winterdiensts arbeitet der Werkbetrieb seit vielen Jahren mit privaten Unternehmen zusammen. Dieses Modell, welches eine hohe Flexibilität erlaubt, hat sich bewährt. Zwei Vakanzen wurden zum Anlass genommen, um die Schreinerei per Ende 2013 aufzulösen. Aus diesem Grund mussten für den Aufbau des Eisfelds Quader für die Saison 2013/2014 erstmals Private beigezogen werden. Dabei zeigte sich, dass die eingekauften Arbeiten teurer sind als jene, welche der Werkbetrieb jeweils verrechnete. Um weiterhin kostengünstige Schreinerarbeiten für die städtischen Liegenschaften anbieten zu können, wurde eine Schreinerstelle beibehalten und der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung unterstellt.

3.8 Abteilungen Vermessung/Geoinformatik

Die Abteilungen Vermessung und Geoinformatik verfügen über Schnittstellen zum Tiefbau- und Vermessungsamt, zum Amt für Telematik, zum Grundbuchamt und zur Finanz- und Liegenschaftenverwaltung. Für diese Dienststellen ist eine verwaltungsinterne Vermessung/Geoinformatik eindeutig ein Vorteil. Zudem erbringt die Stadt Vermessungsdienstleistungen für eine Nachbargemeinde, was in finanzieller Hinsicht attraktiv ist.

3.9 Abteilung Gartenbau

Massnahme 3140 X aus der ALÜ 2.0, Leistungen für Dritte insourcen, will im Gegensatz zum vorliegenden Auftrag bisher extern vergebene Aufträge durch die eigenen Mitarbeitenden erledigen lassen. Das Sparpotenzial dieses „Insourcing“ wird auf 50'000 Franken veranschlagt.

4. Ergebnisse der ALÜ 2.0 abwarten

Im Rahmen von ALÜ 2.0 hat der Stadtrat eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorgenommen. Der Gemeinderat fällte am 24. Oktober 2013 erste Entscheide zum Massnahmenpaket; die Arbeit an der Umsetzung der Massnahmen hat aber erst begonnen. Der Stadtrat plädiert dafür, die Umsetzung dieser Massnahmen abzuwarten. Dem weiteren Anstieg der Personalkosten infolge von Stufenanstiegen soll mittels Abflachung begegnet werden; im Rahmen ihres Berichts zum Voranschlag 2014 machte die GPK die Anregung, das Lohnsystem und insbesondere den Stufenanstieg zu überprüfen.

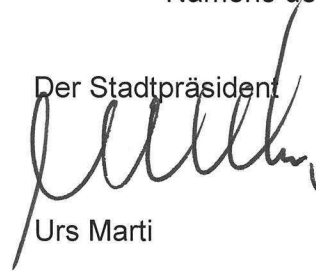


Aufgrund dieser Erwägungen bittet Sie der Stadtrat, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder, den Auftrag abzulehnen.

Chur, 17. Dezember 2013

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident



Urs Marti

Der Stadtschreiber



Markus Frauenfelder



Auftrag BDP Fraktion zur Auslagerung von Aufgaben in die Privatwirtschaft

Die Kosten im Personalbereich (Stufenanstieg!) werden die Sparbemühungen des Gemeinde- und Stadtrates eher früher als später wieder einholen. Während es Aufgaben gibt, welche aus übergeordneten Erlassen zwingend von Städtischen Mitarbeitern ausgeübt werden müssen, gibt es eine Fülle von Aufgaben, welche die Stadt anbietet, ohne dass sie zu ihrem Kerngeschäft gehören. Um Personalkosten reduzieren zu können, ist es nachhaltiger, Stellen zu streichen und im Auftragsverhältnis an die Privatwirtschaft zu vergeben, als wenn dauernd an den Löhnen und den Sozialabgaben aller Mitarbeiter herumgeschraubt wird. Ausgelagerte Aufgaben könnten künftig im Bedarfsfall flexibler und zielgerichtet reduziert werden. Zudem könnten die Kosten durch eine gute Ausschreibung konstant gehalten werden, was bei eigenen Mitarbeitern aufgrund des Lohnstufenanstieges unmöglich ist. Die BDP Chur geht zudem davon aus, dass spezialisierte Unternehmungen aus der Privatwirtschaft spezifische Aufgaben effizienter erfüllen können. Nur der Stadtrat als operativ tätige Institution kann dem Gemeinderat kompetent aufzeigen, wo und wie die beschriebenen Aufgaben wahrgenommen werden, Vorschläge von unserer Seite her kämen aus einem Bauchgefühl und wären unvollständig. Ebenso muss der Stadtrat dem Gemeinderat aufgrund eigener Wertung aufzeigen, wo die Prüfung einer Auslagerung aus seiner Sicht Sinn machen und wo weniger. Aus Sicht der BDP Fraktion müssen sowohl Aufgaben mit grossen Kostenfolgen (Bsp. AfT, Gartenbau oder Liegenschaftenverwaltung) wie auch Aufgaben mit kleineren Kostenfolgen (Bsp. Wäschereinigung in der Oberen Au) unter die Lupe genommen werden.

Der Stadtrat wird beauftragt

1. eine Botschaft zu erarbeiten, in welcher dem Gemeinderat aufgezeigt wird, welche Aufgaben von der Stadt wahrgenommen werden, obwohl diese ebenfalls in der Privatwirtschaft verfügbar sind.
2. pro Aufgabe aufzuzeigen, wo aus Sicht des Stadtrates Chancen und Risiken einer Auslagerung bestehen.
3. pro Aufgabe dem Gemeinderat Antrag darüber zu stellen, ob eine Auslagerung weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Chur, den 17. Oktober 2013, Gemeinderatsfraktion der BDP Chur

Olli



Stadt Chur

Bereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 27. OKT. 2013

[Handwritten Signature]
S. Freuenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Antrag BDP zur Auslagerung von Abfällen in die Privatwirtschaft

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Cavegn Hänni Rita	SP		
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		
<input type="checkbox"/>	Durisch Christian	SVP		
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
<input type="checkbox"/>	Hensel Thomas	SP		
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Lurati Franco	FDP		
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	SVP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP		<i>[Signature]</i>

Datum: _____